

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 846 ppbn d

## Inhalt

Hugo Brandt MdL, Mitglied im SPD-Vorstand, erinnert an ein schwarz-grünes Bündnis.

Seite 1

Horst Jaunich MdB weist auf die schnell steigenden Sozialhilfekosten hin: Der Städtetag schlägt Alarm.

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL will wissen, ob die Polizei die Daten von Freitod-Suchenden widerrechtlich sammelt.

Seite 5

Dokumentation  
Erhard Eppler auf dem SPD-Parteitag in Essen: Godesberg hat Grundsatzfragen ein für allemal geklärt.

Seite 7

39. Jahrgang / 99

23. Mai 1984

Es gibt nicht nur rot-grüne Bündnisse....

-----  
In der kommunalpolitischen Praxis ist alles ganz anders

Von Hugo Brandt MdL

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz und Mitglied des Parteivorstands der SPD

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, wird nicht müde, die Bürger mit seiner politischen "Sorge" vertraut zu machen, in den rheinland-pfälzischen Rathäusern drohten nach der Kommunalwahl vom 17. Juni rot-grüne Bündnisse à la Hessen. Daß es offenkundig nicht in einer einzigen Kommune eine derartige Absprache gibt, und daß die Landes-SPD sich grundsätzlich gegen Vorabsprachen mit schwarzen, blau-gelben oder auch grünen Listen aussprach, stört Wahlkämpfer Vogel nicht im geringsten. Er redet seit Wochen immer weiter - und er dürfte es verstärkt tun, nachdem es jetzt in Hessen zwar keine Koalition, wohl aber eine gewisse Sachzusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen geben wird.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß mit Sprüchen über drohende rot-grüne Koalitionen auch in Hamburg, Hessen und in München von der CDU/CSU versucht wurde, auf dieser billigen Tour Wahlkampfpropaganda zu betreiben. Der "Erfolg" der Unionspropagandisten ist bekannt: Klaus von

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Kreiert in Zusammenarbeit  
mit dem Institut für  
Rechtspolitik



Dohnanyi kam in Hamburg auf eine solide absolute Mehrheit, Holger Börners SPD fehlten nur wenige Sitze zur absoluten Mehrheit, die sich vorher die CDU erhoffte, und in München schaffte Georg Kronawitter bei der OB-Wahl die absolute Mehrheit und bei den Stadtratswahlen gab es zwar eine schmale rechnerische Mehrheit für SPD und Grüne, aber eben keine Spur eines Bündnisses. Vellmehr ist es in München zu der von Kronawitter von Anfang an geforderten Zusammenarbeit mit allen vom Wähler bestätigten Gruppen gekommen, insbesondere auch mit der CSU, die sogar ihren bisherigen zweiten Bürgermeister behalten konnte.

An diese Dinge muß vor den Kommunalwahlen, die am 17. Juni neben der Europawahl in Rheinland-Pfalz und im Saarland stattfinden, erinnert werden, damit jedem Bürger klar wird, daß das Gerede von "drohenden" Bündnissen nur billige Tagespolemik ist. Denn die Praxis jedenfalls ist, was am Beispiel Münchens auch bewiesen werden kann, eine ganz andere: "Erfolgreiches schwarz-grünes Bündnis" hieß es am 17. Mai in einer Überschrift in der "Süddeutschen Zeitung", die über die Konstituierung des neuen Rates der bayerischen Landeshauptstadt berichtete. Die SZ ließ eine erstaunte Öffentlichkeit wissen, daß die Grünen sich in dieser Sitzung als nach allen Seiten offen erwiesen. Mit Erfolg hätten sie mit den Sozialdemokraten für die Bildung eines neuen Sozialhilfeausschusses gestimmt, ohne Erfolg (bei der Besetzung von Beiräten) mit der noch kleineren FDP-Fraktion, und schließlich habe es eine "unheilige Allianz" der Grünen gegeben mit der CSU, als es um die Stadtgestaltungskommission gegangen sei. Grüne und Schwarze hätten sich dabei durchgesetzt.

Dieses Blitzlicht auf den politischen Alltag spricht Bände. Auch im Hinblick auf die Grünen, die schwerlich den Basisauftrag erhalten haben dürften, sich in einer einzigen Sitzung drei verschiedene Verbündete zu suchen....

(-/23.5.1984/ks/jr)

+ + +



### Der Städtetag schlägt Alarm

---

Die Sozialhilfe-Kosten steigen schnell an

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Bundestages

Mehr als ein Viertel aller Sozialhilfeempfänger ist durch die Verschiebung der Lasten aus der wirtschaftlichen Krise nach unten sozialhilfebedürftig. In Zentren hoher Arbeitslosigkeit wie dem Ruhrgebiet oder Ostfriesland macht ihr Anteil zwischen 35 und 40 Prozent aus. Die Kürzungen in den Sozialleistungsgesetzen des Bundes und zunehmende Dauerarbeitslosigkeit haben 1983 eine neuerliche Zunahme der Sozialhilfebelastungen um mehr als 14 Prozent in den Kommunalhaushalten bewirkt. Die Bundesregierung und die sie tragenden "Entreicherungs"-Amnestiefractionen haben die sozialdemokratischen Warnungen vor einer solchen Entwicklung in den Wind geschlagen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind erschreckend. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch und besonders gesellschaftspolitisch. Die Entsolidarisierungsstrategie der Rechtskoalition droht böse Früchte zu tragen. Entsolidarisierung - von der Rechtskoalition vehement betrieben - heißt nichts anderes, als nach dem Grundsatz "teile und herrsche" zu verfahren. Und nicht zuletzt, weil bei Behinderten diese Strategie erfolgreich war durch die Aufspaltung der Interessen Behinderter in die der Kriegsbeschädigten und Zivilbehinderten und bei Lohnabhängigen in die der Arbeitsbesitzer und Arbeitslosen, soll sie offenbar angewendet werden zur Aufspaltung der Sozialhilfeempfänger in solche, die ohne fremde Hilfe noch leben können, und diejenigen, die ständig der Pflege und Betreuung bedürfen.

Die finanzielle Not zwingt die Kommunen ihrerseits vielfach zu einschneidenden Sparmaßnahmen und Beschränkungen kommunaler Dienstleistungen, von denen letztlich wiederum die Bürger mitbetroffen wurden, die schon unmittelbar durch die Kürzung bundesgesetzlicher Leistungen erhebliche Einbußen haben hinnehmen müssen.



Die von der Rechtskoalition betriebene drastische Einschränkung der kommunalen Investitionsspielräume hindern die Gemeinden daran, dringend erforderliche Investitionen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger zu tätigen.

Die relativ hohen Ausgaben der Versorgung Pflegebedürftiger lassen den Ruf der Kommunen nach einer anderen Form der Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit immer lauter werden.

Sozialdemokraten und Verbände haben verschiedene Ansätze zur Lösung des Problems erarbeitet, deren Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander abzuwägen sind.

Unabhängig davon ist es jedoch erforderlich, die Finanzkraft der Gemeinden so zu verbessern, daß sie in die Lage versetzt werden, akut erforderliche und dringliche Investitionen sofort vorzunehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Gemeindefinanzen vom November 1983 bereits den Weg dazu gewiesen. (-/23.5.1984/ks/jr)

+ + +



Werden Freitod-Suchende in Dateien erfaßt?

Die Staatsregierung ist zur Klarstellung der Sachlage aufgefordert

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Werden im Freistaat Bayern Freitod-Suchende vom Landeskriminalamt datenmäßig erfaßt? Ausgeschlossen darf es zumindest nicht von vorneherein werden, zumal die Polizeikollegen in Schleswig-Holstein es nicht anders halten und selbst in den Computern des Bundeskriminalamtes Selbstmörder und Selbstmordversuche festgehalten sind - freilich als personengebundene Daten. (das heißt, Freitodsuchende können nicht nach diesem Kriterium gezählt oder gar namentlich ausgesondert werden).

Nun kann ein Selbstmord oder Selbstmordversuch für die Polizei in der Tat interessant sein - dann nämlich, wenn er nur vorgetäuscht wurde und in Wirklichkeit eine strafbare Handlung vorlag, Mord oder Mordversuch beispielsweise. Doch selbst wenn dies ausgeschlossen werden kann, bleibt der Name in der Datei: Er wird zur "Kriminalaktensammlung" genommen, heißt es.

Eine "zentrale datenmäßige Erfassung von Freitodsuchenden" in Informationssystemen des Bundeskriminalamtes (BKA) findet nicht statt, antwortete die Bundesregierung der SPD-Abgeordneten Lieselott Blunck auf eine entsprechende Anfrage. Für die Länderregierungen freilich konnte und wollte das Bonner Innenministerium dies nicht ausschließen: "Die Frage, ob, inwieweit und gegebenenfalls aus welchen Gründen Polizeibehörden den Notarztfunk abhören, stellt sich in den Ländern und kann von der Bundesregierung nicht abschließend beurteilt werden." Und irgendwoher muß schließlich das Datenmaterial für den BKA-Computer kommen.

Wie die Polizei Kenntnis von Selbstmordversuchen erhält, macht ein Vorgang in Schleswig-Holstein klar: Dort hörte die Polizei den Notarztfunk ab und verschaffte sich so Erkenntnisse über Freitodsuchende. Wenn der Notarzt vom Wagen aus Anweisungen an die Klinik gab, lauschte auch die Polizei. Bekannt wurde diese Praxis als ein Polizeibeamter anschließend den Arzt aufsuchte und weitere Daten (über den bereits abgehörten Nachnamen hinaus) über den Patienten haben wollte.



Die bayerischen Sozialdemokraten können diese Vorgänge nicht akzeptieren. Wir verlangen Auskunft darüber, ob im Freistaat die Polizei etwa auch den Notarztfunk abhört, von Ärzten Patientendaten verlangt, Fragebögen über Selbstmordversuche ausfüllt oder solche Angaben zur Speicherung an das Landeskriminalamt weitergibt. Im Interesse der Betroffenen müßte ein solches Vorgehen sofort eingestellt werden. Dadurch wird die ärztliche Schweigepflicht unterlaufen und der Schutz der Patienten im sensiblen Bereich der medizinischen Daten ausgehöhlt. Was das für den Betroffenen für persönliche Folgen hat - wenn er sich plötzlich polizeilichen Nachforschungen gegenüber sieht oder erfährt, daß er in irgendeiner polizeilichen Datenbank festgehalten ist - mag man sich gar nicht erst vorstellen; zumal Freitod-Suchende nicht eben zu den stabilsten Menschen gehören.

Ebenfalls für völlig unnötig halte ich das Abhören des Notarztfunkes. Daß die Polizei fremde Funkverkehrskreise mithört, kann in einer konkreten Bedarfslage - etwa im Katastrophenfall - vielleicht notwendig sein; ansonsten aber ist es unbedingt zu unterlassen.

Gerade weil Arzt und Polizei oft zusammenarbeiten, sollten solche Übergriffe auf den Bereich der ärztlichen Schweigepflicht in Zukunft tunlichst unterbunden werden. Es ist doch ein Unding, daß sich heute Notärzte schon einer Geheimsprache bedienen müssen, um die Polizei nicht per Funk über Selbstmörder zu informieren. So wird beispielsweise ein Freitodsuchender mit Tablettenmißbrauch als Patient mit "Kreislaufstörungen" in die Klinik eingeliefert, oder jemandem, der zum Strick gegriffen hat, wird eine "Wirbelsäulenprellung" attestiert. Dies sind unhaltbare Zustände.

(-/23.5.1984/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Wir müssen durch das Gestrüpp der Bedrohung hindurch

---

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Erhard Eppler, hat auf dem Essener SPD-Parteitag skizziert, mit welchen Problemen sich die Sozialdemokraten zu beschäftigen haben werden, wenn sie ein neues Grundsatz-Programm erarbeiten wollen. Der SPD-Pressedienst dokumentiert einige Passagen aus der Rede Epplers:

"Niemand in unserer Kommission denkt daran, an den Grundentscheidungen von Godesberg zu rütteln. Und dabei bleibt's. Jedes Zurück hinter Godesberg wäre ein Schildbürgerstreich. Godesberg hat unser Verhältnis zur Demokratie, zum Grundgesetz, zum Staat des Grundgesetzes geklärt, ein für allemal. Dies ist unser Staat, unser Grundgesetz, dies ist bei allem, was uns verbesserungsbedürftig erscheint, unsere Demokratie, und ich füge hinzu, was in Godesberg noch nicht so klar war: Das Europa, dessen Parlament wir demnächst wählen, ist unser Europa. Die Bundeswehr ist - das sagt kein ausgeprägter Militarist - unsere Bundeswehr. Und wir werden dafür sorgen, daß die notwendige Diskussion über die Ablösung des Abschreckungssystems nicht auf dem Rücken der Soldaten geschieht.

Wir sind und bleiben Volkspartei, offen für Menschen jeden Glaubens und jeder Überzeugung, die sich auf der Basis unserer Grundwerte an die niemals erledigte Aufgabe machen wollen, unsere Gesellschaft demokratischem Sozialismus näher zu bringen.

Nein, wir laufen nicht weg von Godesberg, wir laufen überhaupt nicht weg von unserer Geschichte. Aber die Welt, in der wir leben, entfernt sich rapide von den Verhältnissen, die Godesberg zugrunde lagen. Und wir alle entfernen uns von dem Bewußtsein, in dem wir - ich war auch dabei und bin ein bißchen stolz darauf - 1959 das Godesberger Programm formuliert und verabschiedet haben.

Viele werden unser großes Gespräch nur taktisch verstehen und werten können. Sie werden uns immer wieder fragen, ob wir denn nun die Grünen damit einfangen oder die Stammwähler damit halten wollen. Unsere Antwort muß sein: Wenn uns wirklich nichts Klügeres einfiele, als nach der einen oder anderen Seite Bonbons zu verteilen, dann könnten wir uns die Mühe eines Grundsatzprogramms sparen.

Wir legen keine Köder aus, zumal die bei den Gruppen, um die es da geht, eher als peinliche Anbiederung zurückgewiesen würden.

Wir wollen klären, was die Politik der großen Linken Volkspartei für den Rest dieses Jahrhunderts sein soll. Wenn uns dies gelingt, dann wird der Betriebsrat bei Bosch so wenig daran vorbeigehen wie die Lehrerin in der Friedensbewegung. Wer meint, diese Interessen und Bewußtseinslagen ließen sich nicht verbinden, hat vor unserer Aufgabe schon resigniert. Wir werden nicht dahin und dorthin schielen, sondern fragen: Welche Politik läßt sich aus unserer Interpretation von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Kontinuität mit unserer Geschichte entfalten für eine Zeit neuer und dramatischer Gefahren und Chancen?



1972 hat auch niemand gefragt, wem wir denn nun nachliefen. Da hat man andere gefragt, ob sie uns nachliefen. Damit sind wir die stärkste Fraktion im Bundestag geworden. Wir waren die Meinungsführer. Und wir werden es wieder werden. Oder glaubt ihr, daß Helmut Kohl uns daran hindern kann, wenn wir es nur gemeinsam wollen? Geistige Führung erringt man nicht dadurch, daß man den Leuten sagt, es sei doch alles nur halb so schlimm und man werde sich seine Lebensfreude nicht vergällen lassen - zumal, wenn diese Lebensfreude vor allem die Freude darüber ist, daß man doch noch Kanzler geworden ist. Solche Lebensfreude ist in einem Volk von 60 Millionen ein relativ knappes Gut. Und auch - das wird sich zeigen - kein dauerhaftes. Meinungsführerschaft entsteht auch nicht aus den gescheitesten Analysen. Die Leute wissen inzwischen, daß die Welt viel komplizierter ist, als sie sich in einigen beneidenswert simplen Köpfen spiegelt. Die Menschen wissen, welche Gefahren auf uns lauern, und es gibt erschreckend viele junge Menschen, die ohne Hoffnung wie gelähmt auf Katastrophen zu leben. Wir dürfen von alledem nichts vertuschen. Aber wir müssen durch das Gestrüpp der Bedrohung hindurch Wege oder doch Trampelpfade in die Zukunft finden. Hoffnung wächst nicht da, wo man sich an den Problemen vorbeilächelt. Aber auch nicht da, wo man sich darin verheddert. Hoffnung keimt da, wo durch alle Gefährdungen hindurch eine lebenswerte Zukunft sichtbar wird und vor allem ein paar Wege dahin, so uneben und steinig sie sein mögen."

(-/23.5.1984/ks/va)

+ + +

